



www.goetzpeter.de

Bericht aus Berlin

19 / 2012

Viel Freude bei der Lektüre meines aktuellen Berichts aus Berlin wünscht Ihnen

Ihr

Aus dem Bundestag

Griechenlandhilfen

Der Bundestag hat sich am Freitag mit großer fraktionsübergreifender Mehrheit dafür ausgesprochen, Athen mit weiteren Maßnahmen unter die Arme zu greifen. Zwei Parlamentswahlen im Frühjahr und die Verschlechterung der wirtschaftlichen Entwicklung in Griechenland machen eine Anpassung der Hilfsprogramme und zusätzliche Reformen im Land erforderlich. Erst dann können EU und IWF die nächste Tranche von insgesamt 43,7 Milliarden Euro an Athen überweisen. Die Tranche soll in Teilbeträgen Ende 2012 und im ersten Quartal 2013 ausgezahlt werden – aber immer erst dann, wenn die vereinbarten Reformen umgesetzt wurden. Außerdem soll Griechenland zwei Jahr mehr Zeit erhalten, seine Konsolidierungsziele zu erreichen. So muss es erst 2016 einen Primärüberschuss von 4,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) erzielen und nicht schon 2014. Damit Griechenland bis 2022 auf ein erträgliches Maß an Schulden kommt, soll es seine unter Nominalwert gehandelten Anleihen zurückkaufen und so seine Schulden senken.

Fragen zum Bundestagsbeschluss

Wird der Bundeshaushalt durch die Beschlüsse der Euro-Gruppe belastet?

An Griechenland fließen die Gewinne der Europäischen Zentralbank zurück, die sie aus der Tilgung der von ihr erworbenen Griechenland-Anleihen erzielt hat. Der deutsche Anteil hieran beträgt in den nächsten zwei Jahrzehnten insgesamt rund 2,74 Milliarden Euro. Ab 2013 werden die Beträge, die dem jährlichen Anteil Deutschlands an den Gewinnen entsprechen (2013 rund 600 Millionen Euro), über den Bundeshaushalt an Griechenland weitergeleitet. Darüber hinaus verzichtet der Bund auf einen Teil seiner Zinsgewinne aus bilateralen Krediten für Griechenland (jährlich 130 Millionen Euro). Es ist

Hilfsprogramme noch eine Erhöhung der EFSF-Kredite für Griechenland vorgesehen.

Wie wird der Schuldentrückkauf finanziert?

Der Rückkauf von Schulden soll Griechenland aus den laufenden Programmmitteln finanzieren. Dadurch verringert sich für Griechenland natürlich der Spielraum, die bewilligten Hilfen einzusetzen.

Wird es einen Schuldenschnitt unter Beteiligung des Bundes geben?

Ein Schuldenschnitt ist im Brüsseler Beschluss ausdrücklich nicht vorgesehen. Bei einem Schuldenschnitt für öffentliche Gläubiger könnte das Griechenland-Programm in der jetzigen Form nicht fortgesetzt werden, denn der Bund kann nur dann weitere Kredite an Griechenland vergeben, wenn er davon ausgehen kann, dass sie auch zurückgezahlt werden.

Gibt es Fortschritte bei den Reformen in Griechenland?

Griechenland hat die umfassendste Haushaltskonsolidierung in die Wege geleitet, die je ein EU-Land in den letzten 30 Jahren unternommen hat. Zu den Reformen gehören die Schließung einer Fiskallücke von 13,5 Milliarden Euro in den Jahren 2013 und 2014, die vollständige Reform der Steuerverwaltung, die Anhebung des Renteneintrittsalters ab dem 1. Januar 2013 auf 67 Jahre und die Reduzierung der Lohnnebenkosten.

Rede von Peter Götz zur Stärkung der Innenentwicklung in Städten und Gemeinden

Im Plenum dieser Woche wurde in erster Lesung das Gesetz zur Stärkung der Innenentwicklung in Städten und Gemeinden und weiteren Fortentwicklung des Städtebaurechts beraten. Die Debattenbeiträge wurden zu Protokoll gegeben. Den Wortlaut der Rede von Peter Götz können Sie nachlesen auf seiner Internetseite unter:

www.goetzpeter.de

Parlamentsdeutsch...

zu Protokoll: Im Ältestenrat oder interfraktionell kann vereinbart werden, dass bei einem Tagesordnungspunkt statt einer Aussprache schriftliche Beiträge zu Protokoll gegeben werden. Diese erscheinen im Plenarprotokoll der jeweiligen Sitzung des Bundestages und stehen der Öffentlichkeit zur Verfügung.

Nachrichten

Raumordnungsbericht 2011



In dieser Sitzungswoche stand der Raumordnungsbericht 2011 des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumordnung (BBSR) auf der Tagesordnung des Deutschen Bundestages. Dazu Peter Götz:

Der Raumordnungsbericht der Bundesregierung ist eine wichtige Planungsgrundlage für die Städte und Gemeinden. In seiner Analyse werden vor allem folgende Themen behandelt, mit denen sich die Kommunen in Zukunft verstärkt auseinander zu setzen haben: Sicherung der Versorgung mit Infrastruktureinrichtungen und Dienstleistungen, Erhaltung der Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der Regionen, Gewährleistung einer zukunftsfähigen Mobilität, Forcierung der

erneuerbaren Energieproduktion, des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel, Begrenzung der Flächeninanspruchnahme für Siedlungs- und Verkehrszwecke. Der Bericht geht außerdem auf regionale Trends u.a. in den Bereichen Demografie, Wohnen, Wirtschaft, Wohlstand und Mobilität ein. Strategie- und Handlungsempfehlungen sind wichtige Hinweise für notwendige Entscheidungen auf allen politischen Ebenen. Der mit mehr als 100 Abbildungen und Karten anschaulich gestaltete Raumordnungsbericht 2011 bietet allen Städten und Gemeinden eine verständliche, übersichtliche und räumlich konkrete Darstellung der Lebensbedingungen und Standortqualitäten in Deutschland. Den Bericht und weitere Informationen finden Sie unter: http://www.bbsr.bund.de/nn_23566/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/Sonderveroeffentlichungen/2012/ROB2011.html

Zu Besuch bei Peter Götz

In dieser Woche empfing Peter Götz politisch Interessierte aus seinem Wahlkreis in Berlin. Im Rahmen einer bildungspolitischen Informationsfahrt absolvierte die Gruppe ein abwechslungsreiches Programm. Neben der Teilnahme am „ZDF-Morgenmagazin“, einem Besuch des Humboldt-Forums sowie der Gedenkstätte Hohenschönhausen stand als Höhepunkt ein Besuch im Deutschen Bundestag auf dem Programm. Am Freitag hatte die Besuchergruppe die Möglichkeit von der Besuchertribüne des Plenarsaales aus, die Rede von Bundesminister Wolfgang Schäuble zu den aktuellen Griechenlandhilfen live mit verfolgen zu können. Im Anschluss traf die Gruppe Peter Götz im CDU/CSU-Bundestagsfraktionssaal zu einem Gespräch.



In dieser Sitzungswoche referierte im Rahmen der AG Kommunalpolitik der Vorsitzende des Parlamentskreises Mittelstand, Christian Frhr. von Stetten, MdB, zum Entwurf des Gemeinnützigkeitsentbürokratisierungsgesetz (GEG).



Weitere Informationen unter:

www.goetzpeter.de
www.cducusu.de

Einige interessante Daten und Fakten...

Deutschlandstipendium erweist sich als Erfolg

Die deutschen Hochschulen haben in diesem Jahr mit 10.977 doppelt so viele Stipendien vergeben wie noch in 2011 (5.375). Folglich ist jedes vierte öffentlich geförderte Stipendium ein Deutschlandstipendium. Damit hat sich dieses Förderinstrument erfolgreich an den Hochschulen etabliert. An der Vergabe beteiligen sich 263 von 388 Hochschulen. Unabhängig vom Einkommen der Eltern erhalten besonders begabte und engagierte Studierende ein Stipendium von 300 Euro im Monat. Es wird zur einen Hälfte von privaten Förderern und zur anderen vom Bund finanziert. Auf diese Weise wurden bereits 30 Millionen Euro an privaten Mitteln für die Ausbildung zukünftiger Führungspersönlichkeiten generiert. Das Deutschlandstipendium setzt damit wichtige Anreize zur Förderung der Stipendienkultur in Deutschland. 104 der beteiligten Hochschulen haben in diesem Jahr die Höchsförderquote von einem Prozent der Studierendenschaft ausgeschöpft. 40% der 263 teilnehmenden Hochschulen nehmen zudem die Möglichkeit in Anspruch, die nicht genutzten Mittel anderer Hochschulen einzusetzen. Im Verhältnis zur Zahl der Studierenden ist das Saarland auch 2012 wieder Spitzenreiter bei der Vergabe des Deutschlandstipendiums.

(Quelle: Bundesministerium für Bildung und Forschung)

Sozialhilfeausgaben in 2011 leicht gestiegen

22,7 Milliarden Euro netto wurden 2011 für Sozialhilfeleistungen nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch („Sozialhilfe“) ausgegeben. Dies entspricht einem Anstieg um 4,5% gegenüber dem Vorjahr. Pro Einwohner wurden rechnerisch 278 Euro netto aufgewendet. Dabei waren die Pro-Kopf-Ausgaben im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) mit 288 Euro deutlich höher als in den neuen Ländern (einschließlich Berlin) mit 238 Euro. Die höchsten Pro-Kopf-Ausgaben hatten allerdings die Stadtstaaten. Bremen gab 462 Euro pro Kopf aus, Hamburg 437 Euro und Berlin 418 Euro. Von den westlichen Flächenländern gab Baden-Württemberg mit 204 Euro je Einwohner am wenigsten für die Sozialhilfe aus, Nordrhein-Westfalen mit 327 Euro pro Kopf am meisten. In den ostdeutschen Flächenstaaten waren die Ausgaben insgesamt geringer: Sachsen hatte mit 143 Euro je Einwohner die niedrigsten Ausgaben, Mecklenburg-Vorpommern mit 233 Euro pro Kopf die höchsten. Mit 57% entfiel 2011 der größte Teil der Nettoausgaben für Sozialhilfe auf die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen. 19% der Sozialhilfeausgaben wurden für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung eingesetzt. 14% entfielen auf die Hilfe zur Pflege. 5% wurden für die Hilfe zum Lebensunterhalt, weitere 5% für sonstige Ausgaben wie Hilfe zur Gesundheit aufgewendet. Diese Anteile haben sich im Vergleich zum Vorjahr nicht geändert.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Ifo-Geschäftsklimaindex hellt sich auf

Der wichtigste Frühindikator für die deutsche Konjunkturentwicklung ist nach sechs Rückgängen in Folge erstmals wieder gestiegen. Maßgeblich ist eine leichte Zunahme der Zufriedenheit mit der gegenwärtigen Geschäftslage sowie deutlich weniger Pessimismus hinsichtlich der zukünftigen Geschäftsentwicklung. Ermutigende Signale kommen vor allem von den Exporterwartungen, die sich nach drei Monaten wieder in den positiven Bereich gedreht haben, der sprunghaft verbesserten Geschäftslage im Großhandel, dem aufgehellten Geschäftsklima im Einzelhandel und einer spürbar verbesserten Geschäftssituation bei den Bauunternehmern.

(Quelle: ifo-Institut, München)